

Aktuelle Debatte – Gute Arbeit für Baden-Württemberg – den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen bekämpfen – beantragt von der Fraktion der SPD

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Schönen guten Morgen!

Ich freue mich, dass die letzte Aktuelle Debatte in dieser Legislaturperiode, die meine Fraktion beantragt hat, zu einem für uns zentralen Thema stattfindet: Gute Arbeit in Baden-Württemberg, gute Arbeit für die Unternehmen, gute Arbeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.

Als ich erfahren habe, dass ich zu dieser Debatte sprechen darf, ist mir meine allererste Rede im Landtag, die noch drüben im anderen Haus stattfand, in den Sinn gekommen. Das war in einer Aktuellen Debatte zum Thema „Gute Arbeit in Baden-Württemberg durch Tariftreue, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger“ am 28. September 2011.

Tariftreue, Mindestlohn, Ausbildung waren damals noch unsere Vorhaben, unsere Forderungen an den Bund. Heute, viereinhalb Jahre später, im Jahr 2016, haben wir das. Wir haben das Tariftreuegesetz in Baden-Württemberg, den Mindestlohn im Bund und gute Ausbildungsplätze durch unseren Pakt für Ausbildung. Wir haben über 6000 Ausbildungsplätze allein im Programm „Assistierte Ausbildung“ geschaffen. Das ist ein toller Erfolg, und unser Land steht blendend da.

All das haben wir, weil hier im Land und weil auch im Bund, was den Mindestlohn betrifft, die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen umgesetzt wurden. Wir wollen mit dieser Aktuellen Debatte beschleunigen, dass im Bund der Koalitionsvertrag umgesetzt wird, dass Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen bekämpft wird.

Bevor Sie aber nachher in Ihren Redebeiträgen gleich sagen: „Die SPD hat etwas gegen Leiharbeit und gegen Werkverträge“, weise ich darauf hin: Nein, das haben wir nicht. Leiharbeit ist eine gute Sache, wenn sie dazu dient, betriebliche Spitzen zu bewältigen, Krankheitsausfälle zu überwinden oder auch dort, wo ein Fachkräftemangel bereits besteht, kurzfristig offene Stellen zu besetzen, um Produktionskapazitäten zu erhalten oder zu steigern. Dazu braucht man Leiharbeit.

Das Gleiche gilt für Werkverträge. Auch Werkverträge sind ein ganz normales und zunächst einmal nicht zu beanstanden des Instrument, wenn es um die Vergabe von Tätigkeiten geht, die sonst im Betrieb nur selten gebraucht werden und die nicht mit betriebsinterner Sachkompetenz und Expertise erledigt werden können. Auch dann braucht man Werkverträge. Das alles muss erhalten bleiben, damit die Unternehmen in Baden-Württemberg auch in Zukunft wirtschaftlich so gut dastehen können, wie es jetzt, am Ende der ersten Legislaturperiode mit einer grün-roten Koalition, mit einer grün-roten Landesregierung der Fall ist. Unser Land steht blendend da.

Aber wir haben auf beiden Feldern – sowohl bei der Leiharbeit als auch bei den Werkverträgen – Fehlentwicklungen zu verzeichnen. Die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung hat sich in den letzten 20 Jahren etwa verfünffacht, und so haben heute 100000 Personen in Baden-Württemberg lediglich einen Leiharbeitsvertrag und sind Leiharbeiter.

Es ist aber nicht so, dass im gleichen Zeitraum – in den letzten 20 Jahren – die Zahl der Krankheitsfälle oder der Umfang der betrieblichen Spitzen ebenfalls in diesem Maß zugelegt hat. Vielmehr wird Leiharbeit oft dauerhaft und zum Teil in hohem Maß in Betrieben eingesetzt. Damit werden auch Teile der bisherigen Stammebelegschaft verdrängt.

In den letzten Jahren wurde die Deregulierung vermehrt genutzt, auch um Tarifverträge zu umgehen und eine zweite, niedrigere Tarifstruktur zu implementieren. Claus Schmiedel hat gestern schon zu Recht darauf hingewiesen: 1990 waren noch 90% der Arbeitsverhältnisse im tarifgebundenen Bereich, heute sind es noch 60%.

Dies ist eine Entwicklung, die es zu begrenzen gilt. Denn für die allermeisten – nicht für alle – Leiharbeitnehmer gilt, dass sie deutlich weniger verdienen als ihre Kollegen des Stammbetriebs, obwohl sie zum Teil genau die identische Arbeit verrichten. Sie haben keine betriebliche Altersvorsorge. Manchmal zahlen sie in den Kantinen den Preis für Gäste anstatt den, den die regulär Beschäftigten zahlen, und sie haben zumeist wenig Aussicht auf eine unbefristete Beschäftigung mit normalem Kündigungsschutz.

Meine Damen und Herren, das ist sozial nicht gerecht. Das sind auch keine verlässlichen Zukunftsperspektiven für junge Menschen, die einen Einstieg in den Arbeitsmarkt suchen.

Das bringt auch die Unternehmen unter Druck, die gern die Arbeitsverträge ihrer eigenen Beschäftigten unterschreiben möchten.

Bei Werkverträgen ist es ein bisschen komplizierter. Werkverträge sind aus der heutigen spezialisierten und arbeitsteilig organisierten Praxis der Betriebe und Unternehmen nicht wegzudenken. Das, was in den Unternehmen nicht vorhanden ist oder nur gelegentlich gebraucht wird, kann und muss über Werkverträge eingekauft werden.

Aber wir nehmen wahr: In vielen Branchen werden Werkverträge mittlerweile verstärkt als Alternative zur Leiharbeit eingesetzt. Offensichtlich haben schon die ersten Regulierungen bei der Leiharbeit dazu geführt, dass Arbeiten, die bisher über Leiharbeit erledigt wurden, nun über Werkverträge organisiert werden. Auch hier ist es das Ziel, geltende Tarifverträge zu umgehen. Auch hierdurch werden regulär Beschäftigte verdrängt.

Deshalb wird es endlich Zeit, vernünftige Regeln zu setzen. Dies gilt nicht für die IT-Spezialisten, die aus freien Stücken diese Art der Beschäftigung über Werkverträge suchen und die hierbei mitunter sogar mehr verdienen, als wenn sie dort, wo sie arbeiten, angestellt wären. Das ist eine sehr kleine Gruppe. Um sie brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Aber dort, wo Missbrauch geschieht, gilt es für die Politik, tätig zu werden. Dort, wo Lohndumping passiert, müssen wir reagieren. Deshalb wollen wir, dass das Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, das Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegt hat, endlich umgesetzt wird. Das wollen wir mit einer Bundesratsinitiative beschleunigen. Wir sind dankbar, dass unser Wirtschaftsminister Nils Schmid und unsere Arbeitsministerin Katrin Altpeter im Bundesrat nun für Rückenwind für dieses Gesetzgebungsverfahren sorgen wollen. Wir bitten Sie alle, uns dabei zu unterstützen.

Vielen Dank!

Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Kollege Haußmann, Sie haben uns eingangs unterstellt, eine komische Philosophie zu haben, und die Einlassung gemacht, „Lieber keine Arbeit als schlechte Arbeit“ sei unsere Ansage. Diese Logik kann ich nicht nachvollziehen.

Wer Missbrauch bekämpft, ist doch nicht gegen die Sache als solche. Sie sind ja auch für die Gesundheitspolitik und meines Wissens auch für die Suchtpolitik – wie ich auch – zuständig. Wer den Missbrauch von Alkohol bekämpft, der hat doch nichts gegen einen guten Trollinger oder Lemberger aus Württemberg oder einen Badener Riesling oder ein Rothaus-Pils im Glas.

Es ist schon ein Unterschied, ob man den Missbrauch oder die Sache an sich bekämpft. Das bitte ich einfach zu unterscheiden.

Herr Schreiner, dass wir hier jetzt schon zum zweiten, vielleicht auch schon zum dritten Mal eine ähnliche Debatte führen, heißt noch lange nicht, dass es eine Scheindebatte ist.

Denn diese Debatte ist notwendig. Es ist notwendig – der Finanz- und Wirtschaftsminister hat gerade noch einmal darauf hingewiesen, dass wir die CDU daran erinnern und darauf aufmerksam machen, was im Koalitionsvertrag steht. Da die SPD im Bund eine Koalition mit der CDU bildet, gilt es halt, an der einen oder anderen Stelle dicke Bretter zu bohren. Insbesondere beim Thema „Gute Arbeit“ ist das der Fall. Die eine Partei steht dabei auf dem Gaspedal – das ist die SPD mit Arbeitsministerin Andrea Nahles, und die CDU steht auf der Bremse.

Deshalb brauchen wir auch keinen Appell, sondern eine Bundesratsinitiative. Kollegin Lindlohr hat es gesagt: Es ist eine wohl dosierte Bundesratsinitiative. Es geht um die Höchstüberlassungszeit von 18 Monaten, es geht um die gleiche Bezahlung nach neun Monaten, es geht um das Verbot des Einsatzes von Leiharbeitern als Streikbrecher, und es geht insbesondere auch um die verbesserte Mitbestimmung bei den Betriebsräten. Das ist für mich ein wichtiges Thema, auf das ich den Blick noch einmal lenken möchte. Die Betriebsräte in Baden-Württemberg handeln sehr verantwortlich und sind auch daran interessiert, dass die Unternehmen, in denen sie arbeiten, möglichst hohe Gewinne erwirtschaften; denn nur dann kann den Beschäftigten ein guter

Lohn gezahlt werden und können diese an den Gewinnen beteiligt werden.

Deshalb haben große Unternehmen einen betrieblichen Frieden zum Einsatz von Werkverträgen geschlossen. BMW in Bayern hat damit übrigens angefangen. Porsche – Nils Schmid hat gerade darauf hingewiesen – hat mitgemacht. Das ist ein Erfolgsmodell. Ich habe nicht den Eindruck, dass es Porsche aufgrund dieser Vereinbarung schlechter geht als allen anderen großen Firmen in Baden-Württemberg.

Deshalb – nochmals: Die SPD in Baden-Württemberg steht für einen Arbeitsmarkt, in dem der Unternehmenswettbewerb nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch nicht auf dem Rücken der kleinen Selbstständigen ausgetragen wird. Wir stehen für einen Arbeitsmarkt, in dem diejenigen Unternehmer, die alle Beschäftigten, die zum Unternehmenserfolg beitragen, direkt anstellen wollen, nicht gegenüber denjenigen benachteiligt sind, die in ihrer Produktion in großen Teilen auf Leiharbeit und Werkverträge setzen.

Wir stehen für den Grundsatz: gleiches Geld für gleiche Arbeit. Und wir stehen dazu, dass die Betriebsräte im hiesigen

Arbeitsmarkt zumindest wissen müssen, wer sich außer den Beschäftigten der Kernbelegschaft wann und zu welchem Zweck an der Produktion beteiligt, um von ihren Rechten besser Gebrauch machen zu können.

Wir möchten, dass auch in Zukunft möglichst viele Beschäftigte bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem

Land stolz darauf sind, ordentlich bei Daimler, bei Porsche, bei Audi, bei Mahle, bei ZF oder bei einem der anderen großen Unternehmen – Bosch – direkt beschäftigt zu sein. Die Beschäftigten sollen nicht nur ein T-Shirt tragen, auf dessen Kragen das entsprechende Emblem zu sehen ist, aber bei einer Leiharbeitsfirma angestellt sein. Das ist unser Ziel, und dafür stehen wir: für gute Arbeit

in Baden-Württemberg.

Vielen Dank.